

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Trausenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7788.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Insertionsgebühren: für die erste Zeile 20 Pfennige, für die zweite 10 Pfennige. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 31.

Montag, den 6. Februar 1899.

10 Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### 61 Jahre Zuchthaus und Gefängnis

erkannten, wie Sonnabend schon kurz gemeldet, die Dresdener gelehrten Richter gegen neun arme Arbeiter, nachdem die bürgerlichen Geschworenen ihren Wahrspruch auf Schuldig des Landfriedensbruchs, bei drei der Angeklagten auch des versuchten Totschlags, ohne Zubilligung mildernder Umstände, abgegeben hatten.

Der Anklage lag folgender Vorgang zu Grunde: Am 6. Juli vorigen Jahres gingen in Löbtau eine Anzahl Bauarbeiter nach Feierabend, von einem Nichtfest kommend und daher angetrunken, an einem Neubau vorüber, auf welchem noch gearbeitet, „Ueberstunden“ gemacht wurden. Die Arbeiter wollten den auf dem Bau Arbeitenden zu, sie sollten doch auch aufhören und die zehnstündige Arbeitszeit einhalten. Es kam zu einigen — aber ganz harmlosen — Auseinandersetzungen. Auf einmal feuerte der Bauunternehmer Klemm, der Leiter des Baues, ganz unvermittelt einige Schüsse aus einem Revolver auf die unterstehenden Arbeiter ab. blinde Schüsse allerdings wie festgestellt wurde. Die Arbeiter glaubten sich aber bedroht und drangen deshalb in den Bau und auf den Polter ein, diesen mit Schirmen und Stöcken so bearbeitend, daß er anscheinend bezugslos liegen blieb. Es kam dabei, wie es bei solchen Gelegenheiten geht, zum allgemeinen Handgemein; auch die angreifenden Arbeiter wurden verletzt. Polizei und Staatsanwalt bemächtigten sich des Falles, gingen aber nicht gegen den provozierenden Unternehmer, sondern gegen die Arbeiter vor.

Es wurden gegen 30 Verhaftungen vorgenommen. Der Bauunternehmer kam bei feiner Provokation ganz außerordentlich gelinde davon. Am anderen Tage hat er vom Balkon den Arbeitern schon wieder Anweisungen erteilt. Er hat die Prügel denn auch ohne weiteren Schaden an seiner Gesundheit überstanden. Auch sonst ist irgend ein Schaden nicht angedrückt worden.

Trotzdem schien sich der Prozeß zu besonderer Bedeutung auszuwachsen. Das spiegelte sich auch bei der Ausloosung der Geschworenen wieder. Es wurde nämlich von dem Rechte der Geschworenenablehnung voller Gebrauch gemacht. Im Namen der sämtlichen Verteidiger lehnte Rechtsanwalt Rudolf acht Geschworene, und zwar sämtlich hohe Militärs: Generale, Obersten, Offiziere a. D. ab. Der Staatsanwalt lehnte sieben ab. Den Vorsitzenden des Gerichts schien dieses Vorkommnis offenbar sehr in Verwirrung zu setzen. Nach Vernehmung der Personalien erklärte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Frommhold, daß er nunmehr Anträge entgegennehme. Oberstaatsanwalt Dr. Bär erhob sich sofort und beantragte ohne jede Begründung den Ausschluß der Öffentlichkeit während der Verhandlung. Als sich darauf Rechtsanwalt Heine erhob, um jedenfalls gegen diesen Antrag zu sprechen, erklärte der Vorsitzende, daß man über den Antrag selbst ebenfalls geheim debattieren werde. Das Publikum nebst den Vertretern der Presse mußte aus dem Saale hinaus. Kurz darauf wurde verkündet, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei. Selbst der Eröffnungsbeschuß wurde geheim verlesen!

Ueber den Gang der Verhandlungen ist daher gar nichts zu melden. Man erwartete aus verschiedenen Anzeichen ein

sehr schweres Urtheil und besonders pessimistisch veranlagte Leute prophezeiten den Hauptschuldigen gar eine Strafe von vielleicht 3—4 Jahren. Niemand dachte trotz allem Pessimismus an ein so fürchtbares Urtheil, wie es die Dresdener Geschworenen und Richter vereint nunmehr gefällt haben. Unser Dresdener Parteiorgan, die „Sächs. Arbeiterzeitung“, widmet diesem schier unfassbaren Urtheil folgende Betrachtung:

„Das war der grauenvolle Abschluß des Dramas, das sich in den letzten 3 Tagen hinter den verschlossenen Thüren des Dresdener Schwurgerichtes abspielte. 9 Menschenleben vernichtet! 9 Menschen über 60 Jahre hinter Kerkermauern gebannt, 7 davon zu lebenslangen Verbüßungen verurtheilt — ist das wirklich möglich? O könnten wir daran zweifeln! Nein, es ist entsetzliche Wahrheit.“

Als am späten Nachmittage der Spruch der Geschworenen fiel, da zitterte auch der Richter vor dem, was kommen mußte, denn das „Schuldig“ war gesprochen in der schärfsten Form! Die Sühne hatten nun nur noch die drei Berufsrichter zu bestimmen.

Man ahnte, daß Außergewöhnliches bevorstand — wir wußten, daß ein sehr hartes Urtheil zu erwarten war; aber an die fürchterliche Wahrheit hätten wir nicht zu denken gewagt.

Das Gefühl ging Stückweise verloren, nur ein Aufstöhnen blieb noch übrig bei den Worten, die wie Blitzschläge fielen, den ruhigen Worten, in die der Vorsitzende Frommhold das nachstehende Urtheil Redete:

Bauarbeiter Ernst Zwahr, 10 Jahre Zuchthaus, Bauarbeiter Friedr. Schmieder, 9 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Karl Moritz, 8 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Johann Gedlich, 7 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Karl Bobst, 7 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Friedrich Leiber, 6 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Karl Weiser, 6 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Ernst Heigler, 4 Jahre Gefängnis, Zimmerer Moritz Hecht, 4 Jahre Gefängnis, Maurer Friedrich Schaefer, freigesprochen, Maurer Emil Reichert, freigesprochen.

Den zu Zuchthaus Verurtheilten wurden auf je 10 Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen.

63 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis und 70 Jahre Ehrenverlust! Für was und weshalb? Den Landfriedensbruch sollen die Verurtheilten gebrochen haben, theils in schwerer, theils in einfacher Weise.

Was haben die Leute getan? Sie hoben ihre Interessen als Arbeiter wahrgenommen gegenüber abtrünnigen Kollegen und gegenüber einem kapitalistischen Unternehmer. Gewiß verurtheilen auch wir die Art und Weise, wie das geschah: So wenig uns gegenüber die brutale Gewalt etwas ausrichtet, so wenig ist es, wenn Arbeiter ihre Kollegen durch die Macht der Fäuste zum Klassenbewußtsein bringen wollen. Aber bei der schärfsten Mißbilligung jener Löbtauener Vorgänge darf man die Ursache nicht vergessen.

Nach jahrelangem Mühen und mit schweren Opfern haben sich die Maurer und Zimmerleute eine einigermaßen geregelte Arbeitszeit erkungen; unter Hunger und Durst haben sie fast Jahr für Jahr darum gekämpft. Und nun sehen sie, wie die eigenen Kollegen diese Errungenschaften zu nichte machen. Da focht gerechter Zorn in ihnen auf, es kommt zum Wortwechsel und bleibt leider nicht dabei; die Verurtheilten hatten nach allem Bauhandwerkerbrauch Hebestiefel gefeiert, sie waren zum Theil angetrunken; zum Ueberflus provozirte der Unternehmer der angegriffenen Arbeiter die Erregten dadurch, daß er mit dem Revolver unter sie schloß. Das bringt die Wuth der Angegriffenen zum Uebermaß — die Folge sind die bekannten behauerlichen Vorgänge, die sich vielleicht — wir wissen es nicht — nach dem Buchstaben des Gesetzes als „schwerer Landfriedensbruch“ deuten lassen.

Wir wissen es nicht, ob sich der Urtheilspruch mit dem Buchstaben des Gesetzes verträgt, aber wir werden nun und nimmermehr glauben, daß ehrliche brave Arbeiter, treu sorgende Familienväter und ruhige Bürger, nur weil sie einmal in zu heftiger und leichtsinniger Weise ihre Interessen zu wahren suchten, ehrlos sind und die Zucht aus ja zu verdienen.

„Ehrlos! Zuchthäusler! Nein, die Verurtheilten sind keine gemeinen Verbrecher; nicht der Gang zum Bösen, nicht Niedertracht und Lüge, nicht Selbstsucht und Gier nach verächtlichem Gewinn ließ sie fehlen — aber ihrem Thun liegt der verfluchte Schimmer des Mißgefühls für die Leiden der ganzen Arbeiterklasse!“

„Derhalb Ehrenmänner für uns, aber eben deshalb wohl auch Ehrlos für die Klasse der Kapitalisten.“

Diese Ausführungen unseres Dresdener Bruderorgans machen wir ganz zu den unserigen und wir sind sicher, daß alle denkenden Arbeiter mit uns in gleicher Weise fühlen. Jene armen, ungebildeten Arbeiter, die sich in erklärlicher und berechtigter Erbitterung zu einer rohen, verwerflichen Handlung hinreißen ließen, sie sind nach diesem Urtheil allen denkenden, um Besserung ihrer Lage ringenden Arbeitern Deutschlands nicht ehrlose Zuchthäusler, sondern Märtyrer einer großen, gerechten Sache!

Treffend sagt unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, zu diesem alles bisher Dagewesene in den Schatten stellenden sächsischen Urtheil:

„Selbst wenn man keine mildernden Umstände bewilligen wollte — welsch ungeheuerliches Strafmaß!“

Für jeden der Angeklagten, bei denen der schwere Landfriedensbruch ohne das erschwerende Moment des versuchten Totschlags bejaht worden war, sechs Jahre Zuchthaus! Für den Arbeiter Zwahr, weil er vorangegangen war, zehn Jahre, das höchste vom Gesetz zugelassene Strafmaß!

Sieben Menschenleben vernichtet, denn das bedeuten diese fürchtbar hohen Strafen, wegen einer schlimmen, aber unbedachten That, begangen im Rausche und nach schwerer Reizung durch den Gegner!

Und selbst für die Leute, die bloß schuldig befunden waren, unter der Menge geweten zu sein, je vier Jahre Gefängnis! Man vergegenwärtige sich, daß das Gesetz dabei eine Strafe von 3 Monaten Gefängnis zuläßt. Wahrhaftig, wir wundern uns nicht, wenn uns berichtet wird, daß Zuhörer der Urtheilsverkündung es als einen Widerspruch empfunden haben, wenn Angehörige dieser Strafmaßes der Vorsitzende verkündete, es seien die Unbescholtenheit und die Erregung der Angeklagten mildernd in Betracht gezogen worden, und wenn den zu 7 Jahren Zuchthaus Verurtheilten 3 Monate, den zu 4 Jahren Gefängnis Verurtheilten 6 Wochen ihrer Untersuchungshaft angerechnet wurden.

Sachen ist der faßliche Boden des Kampfes zwischen Proletariat und Reaktion. Kein Hauch eines freigeistigen Bürgerthums ist dorten zu verspüren. In allen Fragen des Rechts und der Freiheit steht die Arbeiterpartei völlig allein. Niemand wurde unter dem Sozialisten-Geißel härter gekämpft, nirgends wurde in den neueren Jahren der Kampf gegen die Koalitionsfreiheit, gegen das Vereins- und Versammlungsrecht, gegen die freie Presse rückwärtsgerichtet. Die preussischen Konservativen, die Stumm und Altdorfer, schauen voll Neid auf die Politik, die in Dresden gemacht wird, auf jene Politik, die den Massen des Volkes das Landtags-Wahlrecht zerstört. Und wohlbedankt ist die Spruchspraxis des höchsten sächsischen Gerichtshofes, der oft ohne Umschweife die Angehörigen der Arbeiterpartei als mildernden Rechtes erklärt hat denn andere Staatsbürger.

Inmitten aller dieser Unterdrückungsbestrebungen aber schritt die Arbeiterklasse voran und bei der vorjährigen Reichstagswahl — kurz vor dem bösen Vorfalle, aus dem der jetzige Prozeß erwuchs — ergielte die Sozialdemokratie die Hälfte aller Stimmen des ganzen Landes. In den drei Dresdener Wahlkreisen unterlagen die Kandidaten der Kapitalisten-Parteien. Darob wiederum vermehrte, vervielfacht grimmige Wuth bei den Befizenden und Herrschenden. ... Dies ist der Hintergrund, auf dem sich auch jene Tragödie vollzog, von der wir heut berichten.

Ins Zuchthaus wandern Arbeiter, Familienväter wegen einer vortheilhaften Handlung, die genugsam mit einigen Monaten Gefängnis gelohnt sein möchte. Ins Zuchthaus auf 6, 8, 9, 10 Jahre. „Menschenopfer unerdört.“

Wie tief aufgewühlt ist unser Zeitalter, daß es solche Geschehnisse gebiert. Wie im Innersten zerrüttet ist unser Staats- und Gesellschaftswesen, daß solche Schrecken die Wirklichkeit sind!

### Die neueste Kaiserrede

Ist erst nach sehr auffälliger Verzögerung der Öffentlichkeit bekannt geworden. Der interessanteste Theil derselben, den wir nach der „Kreuzzeitung“ auszugsweise Sonnabend schon wiedergaben, lautet nach dem „Reichs-Anzeiger“ folgendermaßen:

„Ich kann somit heute nur von Neuem geloben, Alles zu thun, was ich dazu vermag. Auch die Reise an die gelobten

## Meister Timpe.

42 Sozialer Roman von Max Kreyer.

(Nachdruck verboten.)

Mit der Zeit verspürte diese gewaltige Konkurrenz Niemand härter als die kleinen Fabrikanten; in erster Linie die Meister, die mit wenigen Gesellen direkt für die Händler arbeiteten. Johannes Timpe gehörte zu ihnen. Im Frühjahr desselben Jahres bereits mußte er zwei Gesellen entlassen; und vor Weihnachten, zu einer Zeit, wo er sonst außerordentlich viel zu thun hatte, mußte der dritte folgen. Die Bestellungen vieler Kunden waren ausgeblieben. Traf er einen von ihnen pflückerweise und forschte nach der Ursache der geschäftlichen Zurückhaltung, so kam nach vielem Drehen und Wenden endlich die Antwort; und sie war immer dieselbe: Urban liefere billiger, das Hemde liege einem näher als der Rock.

Selbst das Preisherabsetzen half nichts. Der Meister mochte kalkulieren wie er wollte: es war unmöglich, mit dem Fabrikbesitzer zu konkurrieren; oder aber er mußte das Material fehlen und den Gesellen einen Hungerlohn oder einen schmähtlichen Akkordpreis bezahlen. Aber auch das blieb nicht aus. Eines Tages sah er sich gezwungen, die Gesellen auf seine ähliche Lage aufmerksam zu machen. Als ehlicher Mann rechnete er ihnen vor, wie gering sein Verdienst sei, daß er nicht länger bestehen könne, wenn er die Akkordpreise nicht herabsetzte. Ein Gehilfe blieb nach dieser Auseinandersetzung gleich fort, während die anderen sich dadurch zu entschädigen suchten, indem sie ihre Arbeit nicht mehr so solide ausführten, wie früher. Der Meister drückte ein Auge zu, wenn die Sachen nur nicht zu leichtsinnig ausgeführt wurden. Er tröstete sich damit, daß es bei Urban nicht besser gemacht werde. Einmal geriet ihm verschiedene von dem großen Konkurrenten fabrizierte Artikel in die Hände. Er reichte sie

in der Werkstatt umher und ließ sie von Jedem prüfen. Man erkaunte über die leichte Arbeit. Es sah Alles sehr elegant und einnehmend aus, aber von Solidität war keine Spur vorhanden.

„Schlecht und billig, — so wird's gemacht“, sagte Thomas Beyer und warf den Kram gleichgültig in die Ecke.

Timpe mußte sich sagen, daß der Altgeselle mit seinen Worten eben der große Erfolg Urbans: das Publikum ließ sich durch den äußeren Schein blenden und täuschen. Es fragte nicht mehr nach guter Arbeit, die Billigkeit gab den Ausschlag. Das war das betrübendste Zeichen der Zeit: Menschen und Baaren sanken im Werthe. Der redlichste Arbeiter wurde durch die Sorge ums Dasein gezwungen, zum Betrüger am Publikum und seinem Nächsten zu werden. Es war der große soziale Kampf des Jahrhunderts, in dem immer dasselbe Selbstgespräch erkante: „Stirb Du, damit ich lebe!“ Und die beiden Heeresarmeen, die sich Tag für Tag schlagfertig gegenüberstanden, auf einander losstürmten, und die Schlacht der Bergweiskung schlugen, nannten sich Ausbeuter und Ausgebeutete. Das Kapital war das Pulver, und wer es am meisten besaß, der trug den Sieg davon. Die Heerführer dieser Armeen aber hießen Hand und Machire. Die Kraft des Dampfes führte den Vernichtungskampf gegen die Kraft des Menschen. Und in diesen fürchterlichen Strudel, der rücksichtslos gegen die Gesetze der Weltmoral sein Zerstörungswerk an den Stützen der Gesellschaft beging, wurde auch Meister Timpe immer mehr und mehr hineingezogen.

Wenn er jetzt den Blick durch das Fenster nach der Fabrik hinüberdrückte, so that er es mit geballter Faust und dem Ausdruck des Hasses. Das Geöse der Dampfmaschine kam ihm dann wie das dumpfe Röcheln hundert zu Tode getroffener Männer vor; und das leise Zittern des Erdbodens wie das Rasen einer verderbenbringenden Gewalt, die bereit

das ganze Haus verschlingen würde. Die Fabrikpeise, deren langgedehnter Ton gellend zu ihm herüberklang, machte ihn zusammenzucken. Und wenn der Wind den heißen Dampf in den Garten schlug, so konnte er sich nicht enthalten, eine laute Verwünschung auszusprechen.

Was Johannes am meisten schmerzte, war, daß sein Vater noch diesen geschäftlichen Niedergang erleben mußte, und er versuchte Alles aufzubieten, dem Greise den wirklichen Zustand der Dinge zu verschweigen, um jegliche Aufregung von ihm fern zu halten. „Es könnte sein Tod sein“, sagte er zu seiner Frau.

Mit Gottfried Timpe stand es sehr schlimm. Das Leben schien ihm nur noch eine Last. Du lieber Himmel, was konnte man auch von einem Greis, der seinem siebenundachtzigsten Geburtstag entgegenging, noch anderes verlangen, als das Abbild eines leibhaftigen Todesandabaten. Die Reine waren bereits so schwach geworden, daß er sich ohne die kräftige Hilfe seines Sohnes oder Karolins nicht fortzubewegen vermochte. So kam es denn, daß er den ganzen Tag über den Lehnstuhl am Fenster drückte und förmlich in's Bett hineingetragen werden mußte. Jeden Morgen befürchtete man, er könnte während der Nacht ohne Schmerzen, friedlich und still, wie es sein Wunsch war, zu einem besseren Dasein entschlummern sein. Das war jedenfalls der sanfteste Tod, so ein Altersschwäche aus dem Leben zu scheiden — wie eine Uhr, die langsam stehen bleibt, wenn das Räderwerk seine Dienste versagt. Aber gerade der Gedanke, daß dies einmal ohne Wissen eines Zweiten geschehen könnte, war für Johannes ein fürchterlicher. Man hatte das Nachlager des Aiten bereits seit längerer Zeit unten in der guten Stube aufgeschlagen, und jedes Mal, bevor der Meister sich zur Ruhe legte, starrte er mit leisem Lächeln dem Vater einen Besuch ab, um sich von seinem Wohlsein zu überzeugen.

(Fortsetzung folgt.)



Stätten und die gefährlichsten Orte wird mir beifällig sein, um diesen Baum zu beschützen und zu fördern und zu pflanzen, wie ein guter Gärtner die Zweige zurückschneidet, die übermäßig sind; auf die Tiere zu gehen, die seine Wurzeln benagen wollen, um sie auszurotten. Ich hoffe dann das Bild zu sehen, daß der Baum sich herrlich entwickelt, und vor ihm steht der deutsche Michel, die Hand am Schwert auf, den Blick nach außen, um ihn zu beschützen. Sicher ist der Feind, der hinter dem Schild und unter dem Schwert des deutschen Michels steht.

Es ist ja ein herrliches Beginnen für alle Völker, den Frieden herbeizuführen zu wollen; aber es wird ein Fehler bei den ganzen Bemühungen angeht. So lange in der Menschheit die unerbittliche Sünde herrscht, so lange wird es Kriege und Hagel und Zerstörung geben, und so lange wird ein Mensch versuchen, dem anderen zu übererzählen. Was aber unter den Menschen, das ist auch unter den Völkern Geseh. Deswegen wollen wir trachten, daß wir Germanen wenigstens zusammenhalten wie ein fester Block. An diesem Rocher de bronze des deutschen Volkes, drängen weit über die Meere und bei uns zu Haus in Europa, möge sich jede den Frieden bedrohende Welle brechen!

Wer mir dann zuerst zu helfen berufen ist, das ist die Mark, das sind die Märker; und da ich annehme, daß es Ihnen nicht schwer fallen kann, dem schwarz-schweißen Banner und Ihrem roten, dem Markgrafens, zu folgen, so hoffe ich, daß ich dafür Verständnis unter Ihnen finde, daß ich auch auf die Mark zu lächerlich bedachtige nach wie vor, und daß ich dabei auf Ihre getreue Mitarbeit rechne.

Daher erhebe ich das Glas und rufe, es lebe die Mark Brandenburg und ihre Mitglieder! Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Der „Hamburger Correspondent“ meint, daß die radikalen Historiker wohl wieder Einiges an der Rede auszusagen haben werden, „sofern der Kaiser auf die gesammte Reichsfeier seiner Vorfahren anwendet, was vielleicht bei näherer Betrachtung nur von der Mehrzahl gilt. Indes ist es thöricht, wegen solcher Ungenauigkeiten ein hochpenales Gericht über eine Tadelrede zu halten. Im Uebrigen werden wohl die Sätze über das Zurückschneiden der Zweige des Reichsbaumes und die Verfolgung der Thiere, die seine Wurzeln benagen, sowie der Schlupfwespe über die Friedensbestrebungen des Jaren das meiste Aufsehen erregen und nach den verschiedensten Seiten hin kritisiert werden. Uns will es scheinen, als wäre kein Grund vorhanden, sich aufzulegen über diese Worte, die doch nur einen neuen Blick eröffnen in das, was wir an unserem Kaiser ohnedies schon kennen: in seine lebhafteste Phantasie, sein aufrichtiges Gemüth und seinen glühenden Eifer für des Reichs Ehre und Größe.“

Soweit wir in Frage kommen, regen wir uns auch über die neueste Rede nicht auf. Es ist ja wahrscheinlich, daß das vergleichende Bild von dem Thiere, die an den Wurzeln des Reichsbaumes nagen, auf die Sozialdemokratie gemünzt ist. Das es des Kaisers Wunsch ist, die Sozialdemokratie auszuwischen zu können, war ja längst bekannt. Aber wir leben darin und in dem gewählten Bild nur den Ausfluß einer unrichtigen Beurteilung der Verhältnisse. Was ist dieser Theil der Rede also nichts Neues. Dagegen möchten wir gerne wissen, welche Zweige des Reichsbaumes der Kaiser als überflüssig zurückschneiden möchte. Offenbar werden die konservativen Reaktionen diesen Passus der Rede nicht auf das Reichstagswahlrecht gemünzt verstehen. Diese Art Zurückschneiden würde dem Baum gefährlich werden.

Der letzte auf die Friedensbestrebungen bezügliche Passus wird den eragorischen Friedensstreben nicht unbedingt nöthlich sein. Der in Aussicht stehenden Friedenskonferenz stellt er kein günstiges Prognostikon. Doch auch das ändert nichts an der schon bekannten Lage der Dinge.

**Ueber die Justizhausvorlage**

schreibt die „Berliner Vorzeitung“, sie glaubt versichern zu können, daß der Grundgedanke der Vorlage, die Nothwendigkeit eines ausgiebigeren und härteren Schutzes der Arbeitswilligen, von den verbündeten Regierungen übereinstimmend anerkannt worden sei. Das Blatt fährt dann fort:

Wenn auch die Erfahrungen, die man in den verschiedenen Bundesstaaten mit dem Extremismus der Sozialdemokratie gemacht hat, diese Nothwendigkeit nicht überall mit dem gleichen Grade der Bedenken haben hervorgerufen, so ist doch allgemein anerkannt worden, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Abwehr dieses Extremismus in mehr als einem Punkte nicht ausreichen. Auf dieser Grundlage wurde sich die weitere Verhandlung über die Vorlage mit Bezug auf die zu dem gedachten Ziele führen sollten. Von besonderer Schwierigkeit ist dabei niemals die Rede gewesen. Die Verwirklichung der Vorlage erfordert sich aus dem großen Kampfe des Materials, das zu bearbeiten war; denn es ergiebt sich aus der eingehenden Bestimmung des Ausmaßes. Unleugbar ist jedoch, daß die Vorlage die Bundesstaaten schon jetzt in dem Maße des Schutzes binden, und der Gang der Verhandlungen dürfte es nicht bringen, daß die Entscheidung über diese Vorlage in Abbruch kommt.

Die Justizhausvorlage wird immer — interessant. Und sie ist doch längst „fertig“ sein; die Deputierten des Reichstags vom 6. September 1898 sprachen von ihr doch mit aller Bestimmtheit. Wie kommt es, daß die Geschichte so hupert? Im Auslande müssen die Sozialdemokraten gehen, um Rat für ihre Entwerfungspläne zu holen.

**Von der vorläufigen „Sozialpolitik“**

Zu den Nachrichten über ein Vorgehen gegen den Privatbesitzer Kronas veröffentlicht die „Köln. Allg. Ztg.“ folgende bemerkenswerte Bemerkung: „Von einer Seite, die dem Sozialismus zugethan ist, wird nicht wohl möglich sein, wollen Richter geben haben, daß die Ansicht, die Krona wegen seiner Angehörigen für sozialdemokratischen Partei zu beschuldigen, unangebracht sei. Demgegenüber haben wir von einer Seite, die dem Sozialismus zugethan ist, ebenfalls nicht möglich ist, in Erfahrung gebracht, daß die obigen Nachrichten um irgend eine Ursache herab und den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.“ — Das heißt also, die Beschuldigung des Krona ist doch unbegründet. Wer hätte dann noch zweifeln können?

Für die Vereinfachung der Schriftsprache hat sich der Reichstag der Abgeordneten in einem Schreiben an den Reichspräsidenten ausgesprochen mit dem Bemerken, daß die jetzigen Bestimmungen des deutschen Rechts im Hinblick auf die auch die Gewerbe-Ordnung einschließende Schriftsprache zu kompliziert seien. Der Minister hat dem Reichstag in einem Antwortschreiben mitgeteilt, nach Berücksichtigung von

schlüssigem, tatsächlichen Material aus den einzelnen Bezirken das Vorhandensein solcher Mißstände nachzuweisen und zugleich zu erläutern, welche Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände in Aussicht zu nehmen seien.

**Ausland.**

**Die Lage in Ungarn**

ist noch immer völlig ungeklärt. Neuerdings wird der Reise des Sonderministers Fejervary, welcher am Freitag in Wien eingetroffen ist, um dem Kaiser Bericht zu erstatten, große Bedeutung beigelegt. Das „Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ meldet vom Freitag: Die Aussichten für den Kompromiß haben sich mittlerweile ungünstiger gestaltet, da die Opposition derzeit auf dem Standpunkt verharret, daß dem Kabinette Banffy Indemnität nicht bewilligt werden könne. Die Opposition wolle sich vielmehr gegenüber dem eventuellen Nachfolger des Baron Banffy volle Aktionsfreiheit vorbehalten, so daß der nächste Kabinetschef, falls er nicht eine der Opposition genehme Persönlichkeit sei, ebenfalls der Gefahr der Obstruktion ausgesetzt wäre und Indemnität nicht erhalten würde. Der von den Frieden vermittelnde Abg. Koloman Szell hofft jedoch, die Minorität von diesen Standpunkten abbringen zu können. Die von der Opposition formulierten und zwar, wie verlautet, weitgehenden Forderungen werden dem Ministerpräsidenten morgen mitgeteilt werden.

**Der Zutritt der Abrüstungskonferenz**

ist offiziell Petersburger Meldungen zufolge weiter hinausgeschoben worden, angeblich weil die italienische Regierung Schwierigkeiten mache wegen der Einladung des Vatikans. Andererseits wird dem „Berl. Tagebl.“ aus Rom gemeldet, daß die italienische Regierung gegen eine Teilnahme des Vatikans an der Abrüstungskonferenz in keiner Weise protestiren will.

Die russische Hungersnoth greift schonungslos um sich. Die Getreidepreise, besonders in den den Hungergegenden nadelngebenden Gebieten steigend rapid. Die Erzeugung eines Getreideausfuhrverbots ist gegen den Frühling nicht unwahrscheinlich; das würde auch für Deutschland eine Erhöhung der Getreidepreise nach sich ziehen.

**Vom Kongostaat**

Belgiens nothgedrungenen Verzicht auf den Kongostaat wird von verschiedenen englischen Blättern als Folge der Ereignisse erachtet, welche sich jüngst in dieser großen Kolonie zutrug. Der „Spektor“ glaubt, daß sich dieser Konkurs in aller Kürze vollziehen müße und „Daily Mail“ beschäftigt sich bereits mit der Erbteilung, wobei England als völlig uninteressant dargestellt wird. Frankreich hat sich beifällig gewillens ein Vorkaufsrecht auf den Kongostaat gesichert. Es ist wohl möglich, daß die angelegten Annäherungsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich die kongo-staatliche Erbteilung zum unannehmbaren Anlaß haben.

**Deutscher Reichstag.**

25. Sitzung. Sonnabend, den 4. Februar. — 1 Uhr.

Jencksch erlegt der Reichs-Verwaltungsausschusskommission über den Antrag Eger (Soz.) und Gensler auf Erhebung der Gerichtsbarkeit zur Strafrechtung des Abg. Schmidt-Aichersleben wegen angeblicher Unterschlagung und Verleitung eines Angehörigen des Reichslandes. Berichterstatter ist der Abg. Boerke (Soz.).

Der Antrag ist dem Reichstag mit dem Antrag Eger (Soz.) und Gensler auf Erhebung der Gerichtsbarkeit zur Strafrechtung des Abg. Schmidt-Aichersleben wegen angeblicher Unterschlagung und Verleitung eines Angehörigen des Reichslandes. Berichterstatter ist der Abg. Boerke (Soz.).

Der Reichstag wolle die Erhebung entscheiden, daß gegenüber dem Reichspräsidenten die Rechte der Reichsbeamten von der Reichsverwaltung die Rechte der Reichsbeamten nicht geltend gemacht werden.

Der Reichstag wolle die Erhebung entscheiden, daß gegenüber dem Reichspräsidenten die Rechte der Reichsbeamten von der Reichsverwaltung die Rechte der Reichsbeamten nicht geltend gemacht werden.

Der Reichstag wolle die Erhebung entscheiden, daß gegenüber dem Reichspräsidenten die Rechte der Reichsbeamten von der Reichsverwaltung die Rechte der Reichsbeamten nicht geltend gemacht werden.

Beamtet zeigt sich seiner Stellung unwürdig, wenn er die Bestimmungen der Sozialdemokratie demütig unterwirft; und nicht minder hat der Angeklagte seine Pflicht als Beamter dadurch verletzt, daß er dem Reichstagsabg. Schürke nach Schluß der Versammlung die Hand reichte (Ortl. hört! links.) Also, meine Herren (zu den Soz.), jeder Beamte, der sich mit Ihnen einläßt, wird meineidig (Oh! links); er verletzt den Eid der Treue, den er dem Kaiser und dem Reich gelistet hat. Neben Sie also, so viel Sie wollen (Rufe bei den Soz.); Gewiß, wir werden Sie nicht fragen), feiern Sie Ihre Niederlagen im „Vorwärts“ als Siege. Die verbündeten Regierungen werden Ihnen energisch und zielbewußt gegenüberstehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Francke (nassl.) verliest einige Artikel des „Postboten“ und ist der Ansicht, daß die Behauptungen, die da aufgestellt werden, zu weit gehen.

Staatssekretär v. Podbielski: In allen Artikeln des deutschen „Postboten“ befinden sich verdeckte Angriffe gegen die Verwaltung. Ich komme nun zum Saalfelder Fall, den der Abg. Müller wieder erwähnt hat. Ich würde schwere Vorwürfe verdienen, wenn die Sache so liegen würde, wie sie Abg. Müller dargestellt hat. Jeder Postbeamte unterschreibt bei seinem Eintritt in den Postdienst ein Protokoll, in dem er sich verpflichtet, ohne Erlaubnis der Vorgesetzten keinen der Dienstklasse u. s. w. zu veröffentlichen. Der Beamte hätte die Veröffentlichung jenes Dienststundenplans vorher melden müssen. Herr Müller hat gesagt, ich hätte den Redakteur des „Postboten“ mit Unrecht öffentlich bloßgestellt. Jener Herr Habrecht ist einer der schlimmsten Agitatoren. Ich kann Ihnen viele Versammlungen nennen, in denen er weit tollere Reden gehalten hat als die Sozialdemokraten. Ich habe nichts gegen freie Meinungsäußerung; aber das konnte ich nicht dulden. Ich gebe zu, daß manchmal über das Maß hinausgeschossen wird; na, da werde ich schon dafür sorgen, daß wieder Alles ins rechte Geleise kommt. Ich bitte Sie, den Antrag Müller abzulehnen; er würde nicht zum Segen sondern zum Unlegen gereichen.

Abg. Siedler (nassl.): Ich halte es für ganz berechtigt, daß man Sozialdemokraten im Postdienst nicht duldet. Wenn Sie, was ja bereits zum Theil geschehen ist, den nationalen Staat und die Monarchie offen anerkennen, dann ist es etwas ganz Anderes. Herr v. Podbielski hat gesagt, er wolle keine Märtyrer schaffen. Aber eine Zeitung, die verfolgt wird, wird zum Märtyrer. In den Februarauslassen sagte der Kaiser, die Arbeiter sollten sich Vertreter schaffen, die ihr Vertrauen haben, und die Staatsbetriebe sollten Mutterbetriebe werden. Nach der hier geführten Diskussion werden sich die Postbeamten sagen: Die Sozialdemokraten führen unsere Sache. (Sehr richtig!) Man wirft der verfolgten Zeitung vor, daß sie in der Sprache zu scharf ist. Das geschieht doch aber nur in der Vertretung der materiellen Interessen der Beamten. — Mit der Beschäftigung der Frauen im Postdienst bin ich sehr einverstanden. Das die Sonntagsruhe betrifft, so bin ich für den Wegfall der Schalterstunden von 2—6; die Zeit von 12—1 wäre noch vorzuziehen. Auch würde ich die Einführung eines Zuschlags am Sonntag, wie er in England existirt, freudig begrüßen. Damit die Juden an ihrem Sabbath nicht beeinträchtigt werden, überläßt man die christlichen Beamten. Das ist für mein Gefühl ein empörender Zustand. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär von Podbielski verweist den Abg. Siedler auf die Antwort, die er dem Abg. Ungers gegeben hat. Sonntags wird in der Regel nur von 12—2 Dienst sein. Zuschläge am Sonntag lehne ich prinzipiell ab, weil sie nur eine Begünstigung der Reichsbeamten sind.

Abg. Kieber (Zentrum): Am Besten ist es, wenn sich der Beamte jeder politischen Agitation enthält. Die Meinung der Beamten darf aber nicht beeinträchtigt werden. Wo können wir denn hin, wenn wir eine solche Gesinnungsrichtung Platz greifen lassen? Ich würde den Herrn Staatssekretär schon aus der Zeit seiner geschätzten Mitgliedschaft in diesem Hause und weiß, daß er nicht der Rauwan ist, für den ihn manch Anderer halten mag. (Heiterkeit.) Ich weiß, daß er von einem hohen Streben für Gerechtigkeit befeuert ist, und eben deshalb möchte ich von ihm verlangen, daß er sich um die Gesinnung seiner Beamten, soweit sie nicht agitatorisch bestrebt wird, gar nicht kümmert. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Für den Antrag Müller können wir nicht stimmen; denn er handelt von Einmischung in die dienstlichen Befugnisse, die uns gar nicht zusteht. Wenn man die zweite Hälfte des Müller'schen Antrages liest, der sich mit der Privatlektüre der Beamten beschäftigt, so mag's leidlich scheinen, denkt man aber z. B. an die Postliche „Freiheit“, so wird der Antrag schon bedenklicher. Wir behalten uns unsere Stellung dazu noch vor. Was den Einwand der Verjährung betrifft, so sind wir mit Herrn Baßermann einverstanden. Ich respektiere: Wir wollen die Disziplin gewahrt sehen, wünschen aber auch den Beamten ihre menschlichen und staatsbürgerlichen Rechte erhalten zu sehen. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Sebel (Soz.): Der Herr Abg. Graf v. Klenowström scheint den Ehrgeiz zu haben, sich zu einem Ritter St. Georg gegen den Drachen Sozialdemokratie ausbilden zu wollen. (Heiterkeit.) Wir werden aber über sie hinweggehen, wie ein Hügel über einen Strohhalm. (Heiterkeit.) Es ist leider wahr, daß Sie kein an Zahl, aber groß an Einfluß sind. Das deutsche Bürgerthum hat es nicht verstanden, mit diesem Junferthum aufzuräumen. (Sehr richtig! links.) Aber wir wollen das, was das Bürgerthum nicht erreicht hat, zur Bollendung bringen, koste es, was es wolle! (Beifall bei den Soz.) Die Stellung der Sozialdemokratie der heutigen Gesellschaft gegenüber ist genau dieselbe, wie die, welche die Christen der ersten Jahrhunderte der römischen Gesellschaft gegenüber eingenommen haben. Wie die römische Gesellschaft an Christenthum zu Grunde ging, so wird auch die bürgerliche Gesellschaft an der Sozialdemokratie zerfallen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das was ein Beamter als Amtsvorbesitzer anrechnet, wenn dieser einem Sozialdemokraten bei einer gefälligen Gelegenheit die Hand reicht, das ist ein starkes Stück. Dadurch erreicht man nur das Gegentheil von dem, was man beabsichtigt. Wenn man im Auslande erscheint, was gestern und heute hier verhandelt wurde, so wird wohl Niemand begreifen, daß das starke deutsche Reich über die unbedeutendsten Dinge so nervös werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie man in unserer ganzen Politik besonders gegenüber zu stellen, so verhält man jetzt dasselbe mit dem Beamtenthum und möchte eine Art christliches Mandarinenthum begründen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In England, Belgien, Holland, Frankreich und der Schweiz hält es Niemand für staatsgefährlich, wenn Beamte zur Wahrung ihrer Interessen eine besondere Jahresschrift herausgeben.

Für den Antrag Singer in der Vertretung der Klagen der Beamten Gleichheit im Postdienst gefordert oder verlangt, daß der Beamte der Verwaltung von den Beamten gewählt werde — kurz, irgend etwas gefordert, was Sie bei Ihren engen Begriffen von der Sozialdemokratie für sozialdemokratisch halten? (Sehr gut bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit. Große Lurche rechts.) Er verlangt nur staatsbürgerliche Rechte für die Postbeamten. Wenn die höchsten Forderungen der Beamten als sozialdemokratisch bezeichnet werden, dann sagen sich die Leute: Gut, dann sind wir eben Sozialdemokraten! (Beifall bei den Sozialdemokraten und auf der Linken.) Aber wir leben ja, möchte ich fast sagen, von den Feiern und Annäherungen unserer Gegner. (Stürmische Heiterkeit, Beifall links.) An bürgerlicher Ehrenhaftigkeit und Anständigkeit nehmen wir es mit Jedem von Ihnen auf. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Graf Klenowström hat sich geirrt, daß die Zeit der Schwäche gegen die Sozialdemokratie eubisch verläuft ist. Wenn die Vergangenheit die Zeit der Schwäche war, dann möchte ich wissen, was „Stärke“ ist. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren Sie sind eigentlich das Verhängnis der Sozialdemokratie zu den Beamten vor? Glauben Sie, wir vertheilen Propagandaschriften unter den Beamten oder wir kommen in gebieterischer Weise mit Ihnen zusammen, wo Sie uns dann das Material geben, das wir hier vortragen?



Sozialdemokraten. Auf recht: Um so schlimmer! Weil sie der Ueberzeugung sind, daß wir uns in ganz besonderer Maasse der Angelegenheiten der Unterbeamten annehmen. Auf diese Weise kommen wir zu unserm Material. Den Postboten habe ich bis heute noch nicht gelesen, bin aber davon überzeugt, daß in ihm von sozialdemokratischer Gesinnung nichts zu finden ist. Nur die Nervosität der Herren da oben bringt dergleichen fertig; die sind ja aber in einem Zustande der Aufregung, sobald sie nur von Sozialdemokraten hören, daß man manchmal an ihrem gesunden Menschenverstande zweifeln möchte. (Große Unruhe rechts. Rufe zur Ordnung.) — Nun gebe ich zu, daß sich der Staat sozialdemokratische Agitation bei den Beamten nicht gefallen zu lassen braucht. Daß aber ein Beamter eine politische Gesinnung haben darf, nur sie nicht beibehalten, ist ein Widerspruch. Also muß das Lesen eines sozialdemokratischen Blattes oder das Wählen eines Sozialdemokraten einem Beamten erlaubt sein. Herr Dr. Weber nicht mit dem Kopfe, hält es also auch für erlaubt. — Auch keine sozialdemokratischen Arbeiter soll der Staat beschäftigen. Nun, die Wahlen aus Spandau, Wilhelmshafen, Kiel, wo große Staatsbeamten sind, beweisen, daß Sie mit all Ihren Maximen der Unterdrückung die sozialdemokratische Gesinnung nicht aus der Welt schaffen können. — Der Herr Abg. Söder hat die naive Behauptung aufgestellt, wir wollten den Staat umstürzen! Wie oft haben wir Ihnen schon gesagt, daß wir nicht daran denken, den heutigen Staat in einen sozialdemokratischen umzuwandeln, wie man etwa ein paar Handschuhe aus- und anzieht, von einem Tage zum andern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben hundertmal gesagt, daß die kapitalistische Entwicklung mit Nothwendigkeit auf die Umwandlung der heutigen in die sozialistische Gesellschaft hinführt. Und daher begrüßen wir diese kapitalistische Entwicklung mit Freuden (Zuruf: Post! Post!), weil wir wissen (Zuruf: Post! Post!), daß sie auf die Einführung (Zuruf: Post! Post!) einer neuen besseren (Zuruf: Post! Post!) Gesellschaftsordnung hinführt (Zuruf: Post! Post!). Sie rufen: Post! Ja, hätten Sie nicht vom Zukunftsstaat gesprochen, ich wäre nicht auf ihn gekommen. — Was Sie jetzt meine Rede stragen wollen, so danken Sie sich dafür bei jenem Herrn!

Es ist uns immer unsere internationale Gesinnung vor. Aber unsere Internationalität besteht doch nicht darin, daß wir alle Landesgrenzen aufheben. (Zuruf: Post! Post!) Auch da arbeiten Sie ja uns nur vor. Die internationale Gesinnung der Kapitalisten (Vizepräsident Schmidt erhebt sich), die kennt keine Landesgrenzen. Das mit Beispielen zu belegen (Vizepräsident Schmidt legt die Hand an die Glöckle), das wird jetzt wohl nicht angehen, aber Jeder weiß das schließlich selbst. (Zuruf: Post! Post!) Mit Regierern kommen Sie doch ein wenig weiter. (Zuruf: Post! Post!) Die Agrarier scheuen sich nicht, überall für ihre Interessen zu hegen und anzukämpfen zu sein; dann haben doch wohl die armen Beamten auch das Recht, unzufrieden zu sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Der Abg. Bebel hat ein sehr wahres Wort gesprochen. Er sagte: die Erfolge der Sozialdemokratie beruhen nur auf den Fehlern der Gegner. (Zuruf des Abg. Bebel: Sie sind der Hauptfehler! Heiterkeit.) Unsere Regierung sollte daher endlich einmal mit der politischen Schwärze gegen die Sozialdemokratie aufhören. Die Herren Sozialdemokraten haben es gewagt, sich mit den ersten Christen zu ver gleichen. Das ist ein Verbrechen. Das Christentum ist die Religion der Liebe. Sie sind die Religion des Hasses! (Heiterkeit links.) Das Christentum predigt Pflichten gegen Gott und die Mitmenschen, die Sozialdemokratie sagt zu dem jungen Mann: Du hast keine Pflichten weder gegen Gott, denn einen Gott giebt es ja nicht, noch gegen Deinen Nebenmenschen, denn den sollst Du hassen! (Zuruf links: Post! Post!) Und da wollen Sie sich mit den ersten Christen vergleichen? Ich glaube, Sie leiden an der Grobmannschuld! (Heiterkeit.) Weil Sie da einige 50 Abgeordnete haben, glauben Sie, Sie regieren hier! Wir, die beiden konservativen Fraktionen, stellen mehr Abgeordnete (Heiterkeit), wir stellen mehr Abgeordnete (Zuruf links: Aber wie?). Nicht mit so schlechten Mitteln wie Sie! (Große Heiterkeit.) Die Art, wie sich das Parlament der Gehaltserhöhungen der Unterbeamten bemächtigt hat, führt zur Demokratisierung des Beamtenstands. Gerade auf dem Lande sieht man das ein. Glauben Sie denn nicht, daß wir auf dem Lande in viel größerem Umfange sind? (Zuruf links: Nein!) Das glauben Sie nicht? (Zuruf links: Nein! Heiterkeit.) Das glauben Sie nicht? (Zuruf links: Nein! Große Heiterkeit. Redner faßungslos.) Das glauben Sie nicht? (Zuruf links: Nein! Stürmisches Gelächter.) Es ist eben ein großer Fehler, daß man die Sozialdemokratie fast dem Abgang des Fürsten Bismarck mit Schonung behandelt hat; das geht nicht so weiter. Jeder Beamte, der sich zur Sozialdemokratie bekennt, muß entlassen werden. Im Zukunftsstaat würden auch alle Beamten entlassen werden, die sich etwa zur Monarchie bekennen wollten. Wir brauchen unbedingt wieder ein Sozialistengesetz, das seiner Zeit durch einen Zufall abgelehnt wurde (Große Heiterkeit.) Wie die sozialdemokratische Presse verfährt, dafür nur ein Beispiel: Im heutigen Reichstags-Entwurf des „Vorwärts“ heißt es: „Herr v. Bobbelski war sehr schwach. Er schien auch das Bewußtsein seiner Schwäche gehabt und in diesem Bewußtsein hat er etwas zu sehr gestärkt zu haben!“ (Rufe rechts: Post!) So lange wir eine solche Presse besitzen, brauchen wir unbedingt ein Sozialistengesetz. (Große Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Helldorf (Rp.): Herr Abg. Bebel hat die Sozialdemokraten mit den ersten Christen verglichen. Nun, meine Herren, jedenfalls waren die ersten Christen bescheidener und nicht so laut wie Sie. (Lachen links.) Dadurch, daß Sie sich vordrängen und die Beamten vertreten wollen, haben Sie ihnen an allermeisten Redner verleiht ein Gesicht aus dem Wahnen Jakob unter lebhaftem Bravo der Sozialdemokraten. Der Strohhalm, mit dem uns Herr Bebel vergleicht, wird sich so bald erweisen, daß der Zug entgleitet wird. (Große Heiterkeit links. Bravo rechts.)

Staatssekretär v. Podbielski: Herr Bebel hat mir vorgeworfen, ich sei nervös. Ich bin krank, wohl auch etwas nervös, habe mich aber für verpflichtet gehalten, mein Ressort hier zu vertreten. Bestimmungsrichter habe ich nicht getreten und werde es nicht thun. Wenn es nach mir ginge, würden die Beamten auch nicht an den Wahlen teilnehmen. Ich habe mit der Politik nichts zu thun. Sobald ich aber einen Beamten als ungeeignet für den kaiserlichen Dienst erachte, so stehe ich mit meiner Person dafür, daß er entlassen wird. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Staudy (Dlp.): Der Herr Staatssekretär kann mit großer Befriedigung aus diesem Saale scheiden. Die Beschwerden, die laut wurden, sind wohl nur dem Bedürfnis nach Stimmenfang entsprungen.

Präsident Graf v. Helldorf: Sie wollen doch nicht sagen, daß Abgeordnete dieses Hauses Stimmenfang getrieben haben?

Abg. v. Staudy (fortfahrend): Gut bewahre! (Heiterkeit.) Den Antrag Baffermann nehmen wir an. Die Anträge Müller können wir bedingungslos ab. Herr Abg. Müller hat zu starke Worte gebraucht: Das Wort Paschawinischkeit war allen angeführten Thatfachen gegenüber ganz unberechtigt. Ich appellire an das ganze Haus, ob ich nicht Recht habe. (Beifall rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen, der Titel: Gehalt des Staatssekretärs bewilligt, ebenso die weiteren Titel bis 19 inklusive. Hieran verlag sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Stat der Post- und Telegraphenverwaltung und der Reichsdruckerei.

Schluß 1/2 Uhr.

**Preussischer Landtag.**

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit dem Gesetzentwurf, der für Preußen besondere Sprengrechte für Aerzte schaffen will. Die Vorlage ist eine Ausgeburt des allmächtigen Kaiserkanzlers, der gern mit dem Begriff einer besonderen Standeshere operirt. In

den Motiven zu dem Gesetz und in der Begründungsrede des Kultusministers Bosse wird zwar ausdrücklich versichert, daß es sich nicht um einen Schlag gegen die sozialdemokratischen Aerzte handelt. Aber die Erfahrungen, die wir mit der preussischen Reaktion und mit ihrem Bestreben gemacht haben, Gesinnungsrichter selbst in den Hörsälen der Universität zu treiben, stimmt uns nicht vertrauensselig. Wir werden es ja in der Praxis erleben, wie es mit diesen Versprechungen steht, so bald der Entwurf, woran nicht zu zweifeln, Gesetz geworden ist. Die Opposition gegen die Vorlage ruhte ausschließlich in den Händen der beiden freisinnigen Abg. Birchow und Langerhans. Beides ehrenwerthe Männer, aber von so mumienhaftem Alter, daß ihre jahnlöse Kritik ohne jeden Eindruck blieb. Die übrigen Parteien stimmten dem Entwurf in der Hauptfrage bedingungslos zu. Er wurde schließlich an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Am Montag wird die Beratung des Stats fortgesetzt.

**Partei-Angelegenheiten.**

Für die **Dresdener „Zuchthäuser“**, von welchen sieben Familienmütter sind — der 49jährige Wobst, zu 7 Jahren Zuchthaus verurtheilt, hat sieben Kinder — hat man unter den Dresdener Arbeitern sofort eine Sammlung eröffnet, die in den ersten Stunden schon mehrere hundert Mark ergab. Zweifellos werden auch im übrigen Deutschland die Arbeiter mit dafür sorgen, daß die bedauernswerthen Angehörigen jener unglücklichen Arbeiter nicht dem Elend gänzlich verfallen.

**Arbeiterbewegung.**

In Berlin haben die Dekorateurs der Firma Wolff Böhmack die Arbeit eingestellt.

Der Streik der **Tabakarbeiter** bei der Firma Rose und Schweighofer in Lübeck ist für beendet erklärt worden. Der Streik ging verloren, da es der Firma gelang, in Clausthal eine Filiale in Betrieb zu setzen.

Der **Ausstand in der Zuckerraffinerie in Halle** ist beendet. Die Arbeiter sind in die Fabrik zurückgekehrt, da ihnen versprochen wurde, daß einige ihrer Wünsche Berücksichtigung finden.

In **Hildburghausen** dauert der Streik der Glasarbeiter fort.

Die **Cigarren- und Wickelmacher** der Firma Rosenbergs und Co. in Fürth haben wegen Lohnreduktionen die Arbeit niedergelegt.

**1000 Metallarbeiter** der Firma Bowers und Co. in Baden (Schweiz) befinden sich im Ausstande. Die Differenzen entstanden wegen Wahrung eines Arbeiters, der dem Vorstand des Arbeiterbundes „Dynamo“ angehört.

**Aus aller Welt.**

Eine **sensationelle Verhaftung in der Berliner Spieler-Affäre**, so schreibt das „Berliner Tageblatt“, ist heute zu melden. Verhaftet und in das Untersuchungs-Gefängnis in Moabit überführt wurde der Lieutenant der Reserve im I. Garde-Regiment Artillerie-Regiment Hans von Kröcher. Die Verhaftung erfolgte seitens des Untersuchungsrichters, vor welchem v. Kröcher zahlreiche Verhöre zu bestehen hatte. Der Kriminalpolizei war von der Verhaftung, die ohne ihr direktes Zutun erfolgte, nichts bekannt geworden, jedoch sieht die Thatfache fest, daß v. Kröcher sich im Untersuchungsgefängnis befindet. Die Anklage, die dem v. Kröcher aus der Spieler-Affäre erwächst, dürfte dadurch für ihn in verhängnisvoller Weise kompliziert werden, daß er im ersten Verhör vom Untersuchungsrichter verurteilt worden war und nun mehrere seiner eideschworen Depositionen von durchaus einwandfreien Zeugen gleichfalls unter dem Eide bestritten werden. Unsere Leser werden sich erinnern, welcher Angriff wir uns zu erwehren hatten, als wir die Spieler-Affäre Mitte Dezember anschnitten. Die meisten Blätter suchten uns zu demontieren und stellten den von uns geschilderten „Klub der Harmlosen“ als wirklich harmlos hin; aber den Gipfel des Grotesken erlangte ein hiesiges Volksblatt, das den soeben verhafteten Hans v. Kröcher — interviewen ließ und sich dann in der Biederjabe des Interdiums nicht genug thun konnte, die harmlose, lebenswürdige, gewaltlose Art des nunmehr Verhafteten zu preisen. Wir hatten den v. Kröcher als einen der „aristokratischen Schlemper“ des Kaiserpalastes hals geschilbert, und daß sich nun die Untersuchungsbehörde dieser Anschauung anschließt, beweist die oben erwähnte Verhaftung. — So das „Berliner Tageblatt“, dem die Bevölkerung immerhin einen reizenden Einblick in die Ehrbegriffe Edelster und Besten zu danken hat.

**Felsabsturz.** Untern 4. d. Mts. wird aus Tiral ein zweiter Felsabsturz gemeldet und zwar aus dem südlichen Dolomiten an der Venetianer Grenze. Nachst Colfosco im Abteital, nördlich von Gröden, erfolgte ein so kolossaler Felsabsturz, wie er selbst in jenem brüchigen Dolomitengebiete selten vorkommt. Die Steinlawine stürzte aber nur über wüstes Terrain ab, daher war der Schaden nicht groß.

**Lokales und Provinziales.**

Breslau, den 4. Februar 1899.

**Zur Verhütung der Schwefelgeschäden.** Dem Herrnhauke ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend Schutzmaßnahmen im Quellgebiet der linksseitigen Zuflüsse der Oder in der Provinz Schlesien zugegangen. Die zu den Quellgebieten zu rechnenden Gemarkungen werden durch eine Kommission festgesetzt. Die land- und forstwirtschaftliche Nutzung von Grundstücken der dem Gebirgs- und Hügellande angehörenden Quellgebiete wird durch den Gesetzentwurf Beschränkungen in mehrfacher Richtung unterworfen, um den Abfluß des Wassers möglichst zu erleichtern. Eine forstwirtschaftliche Nutzung von Holzungen ist unzulässig. Die Rodung von Holzungen darf nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten erfolgen. Die Veranlagung offener Gräben an Gebirgsabhängen in der Hauptgefällrichtung ist unzulässig. Andere Bestimmungen verpflichten die Besitzer der angrenzenden Grundstücke zur Ableitung und Aufsaugung des auf zu Thal fließenden Regen abfließenden Wassers durch Stützgräben bezw. Gräben. Auch kann der Regierungspräsident gegen Entschädigung durch die Gemeinde die Entwässerung von Moorflächen, die Heckerung und Beweidung von Grundstücken auf Hochlagen oder an Gebirgsabhängen untersagen oder einschränken, sowie die Verlegung oder Beseitigung vorhandener Gräben fordern. Nähere Bestimmungen des Gesetzes regeln die Festsetzung der demselben unterworfenen Gemarkungen. Gegen die beschaffigen Anordnungen findet nur der Beschwerdebeweg, nicht ein Verwaltungsgerichtliches Verfahren statt.

In der Begründung wird hervorgehoben, daß in den Quellgebieten der schlesischen Gebirgsflüsse im Ganzen günstige Bewässerungsverhältnisse bestehen. Es seien indes in neuerer Zeit Verschlechterungen eingetreten durch überhandnehmende Herrichtung bäuerlicher Waldungen und durch umfangreiche Abholzungen oberhalb der Stadt Schmiedeberg Seitens des Großgrundbesitzes. In letzterem Falle seien die entwässerten, der Verdürrung preisgegebenen stark gebirgigen Flächen von einem be-

nachbarten Waldbesitzer angekauft und wieder aufgeforstet worden. Im Ganzen habe sich der Umfang der Privatwaldungen in der Provinz Schlesien von 1878 bis 1893 von 910,674 auf 888,239 Hektar vermindert. Im Breslauer Bezirk aber soll die Verminderung eine stärkere sein, insbesondere in der Grafschaft Glatz im Kreise Landesgut im Flußgebiet der Ragbach.

Im **Kädtischen Leihamt** war Anfang des Monats Januar ein Bestand vorhanden von 12,728 Pfändern, 232,319 M. Pfandkapital, zuzüglich 2617 Pfänder, 28,769 M. Pfandkapital, abgezogen durch Einlösung 1949 Pfänder, 21,090 M. Pfandkapital, so daß am Ende des Monats ein Bestand verblieb von 13,399 Pfändern, 237,998 M. Pfandkapital. Seit dem 15. Februar 1898 ist ein Zugang vorhanden von 5780 Stücken mit 62,752 M.

Mit der **Aufnahme und Abnahme von Testamenten** im Monat Februar im Bezirk des Amtsgerichts Breslau ist Amtsgerichtsrath Valentin, Palmstraße 22, 3. Etage, betraut. Im Verhandlungssaal wird er vom Amtsgerichtsrath Wehowski, Auguststraße 87, vertreten. Als Protokollführer sind thätig die Aktuar Hausdorff, Adalbertstraße 3, 2. Etage, Mals, Brüderstraße 10b, und Genwitz, Große Felsstraße 29.

**Vortrag.** Im Laufe dieser Woche wird Prediger L. Schirner wieder einen öffentlichen Abendvortrag halten. Derselbe soll am Donnerstag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr, stattfinden und zwar in der Vortragshalle Grünstraße 6. Als Thema wird ihm zu Grunde liegen die interessante Frage: Bibel und Naturwissenschaft. An der Hand der Ausführungen eines jüngeren tüchtigen Naturforschers soll der hochwichtige Gegenstand umfassend erörtert werden. — Eintrittskarten für Jedermann, wie gewöhnlich, im Vorverkauf an den bekannten Stellen à 10, an der Abendkasse à 20 Pf. (Siehe Inserate und Plakate.)

**Vergiftet.** Vor einigen Tagen erkrankte die 1 Jahr 2 Monate alte Tochter eines Rangiers von der Matthiasstraße ein in der Wohnung auf einem Stuhl vertheiltlich stehen gelassenes Gefäß, in dem sich Wismuthessig befand und trank davon. Das Kind ist nunmehr an den Folgen des Genusses dieser Flüssigkeit gestorben.

**Obdachlos.** In der Nacht zum 4. d. Mts. wurde eine Bäckerinmutter mit ihrer 4 Jahre alten Tochter auf dem Heuboden eines Grundstücks auf der Schulgasse schlafend angetroffen. Die Frau wurde der nächsten Polizeiwache zugeführt, während das Kind ins Armenhaus gebracht wurde.

**Aus dem Komptoir einer Fabrik** auf der Siebenhufenstraße wurden in der Nacht zum 2. d. Mts. gestohlen für 120 M. Zwanzigpfennigmarken, für 640 M. Fehnpfennigmarken, für 3 M. Fünfpfennigmarken und für 45 Pf. Dreipfennigmarken. Wer zur Ermittlung des Diebes dienende Angaben machen kann oder wenn solche Marken zum Kauf angeboten worden sind, wird ersucht sich im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums zu melden.

**Ein frecher Bettler.** Am Freitag sprach in der Mittagsstunde bei den Franziskanern auf der Domstraße ein ungefahr 30 Jahre alter Mann um eine Gabe an. Als ihm nun ein Franziskaner anstatt klingender Münze eine Schüssel mit Essen reichte, nahm der Mann dieselbe zwar an, warf sie aber sofort dem Franziskaner ins Gesicht und entwich dann eiligt.

**Aus dem Polizeireport.** In das Polizeigefängnis wurden am 3. d. Mts. 35 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine weiße Kindermütze, eine Perlebede, eine Schere, ein Frauenhuth, ein Armbandsmesser, eine Waschbürste, ein Messer, ein Knaulorb, drei Schirme und Papiere für Minuth und Paula Roth. — Abhanden kamen: ein in Papier gefüllter Puppenwagen, ein Perlanermuff, eine silberne Damenremontuhr, gez. S. L., eine silberne Zylinderuhr mit Goldrand, ein Brief, ein Kollegienheft und zwei Portemonnaies mit 130 und 465 M. Inhalt.

**Öffentliche Zimmer-Verammlung.** Am Sonntag, den 5. d. M., hielten die Zimmergeleuten Breslaus im Saale des „Volksgarten“ eine öffentliche Verammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Lohde einen interessanten und sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über Zweck und Nutzen des Zimmerer-Verbandes. Redner machte zuerst Mittheilung von dem furchtbaren Urtheil, das am Freitag Abend in Dresden über die Teilnehmer am Völkischer Bauarbeitererwahl gefällt wurde. Unter den Verurtheilten befanden sich auch 7 Zimmerer, alle verheirathet, Väter von zusammen 15 Kindern, hinter denen sich die Kerkerthüren auf 4—8 Jahre geschlossen haben. Dies Urtheil allein mußte schon jedem Zimmerer zeigen, daß er an die Seite seines Kameraden gehört, mit denen er dieselben Interessen habe, damit es nicht mehr vorkomme, daß ein Arbeitskollege gegen den anderen seine Faust erhebt. Er ging dann auf die Lage der Zimmerer im Besonderen ein, auf die Nothlage im Winter, das vergebliche Hoffen auf die Sommerzeit mit ihren „hohen“ Löhnen. Selten reicht der Verdienst weiter, als das nackte Leben zu fristen. Dabei droht das Alter hier mehr als in anderen Berufen mit dauernder Arbeitslosigkeit. Auch an sanitären und sittlichen Mängeln bei dem Baugewerbe nicht arm. Auf allen diesen Gebieten geregelte Verhältnisse herbeizuführen, sei das Bestreben des deutschen Zimmererverbandes. Durch Organisation allein sei es möglich das wachsende Verelendung einhalt zu thun und die proletarische Massenlage zu heben. Zum Beweise dafür sei die schlechte Lage der Weber mit ihrer mangelhaften Organisation und die Lage anderer Berufe mit guter Organisation anzuführen. Wer sich und seiner Familie einen guten Dienst erweisen wolle, der schreibe sich dem Verbande der Zimmerer an, um wenigstens zu verhindern, daß die Lebenslage noch tiefer sinkt. Bei Punkt 2 der Tagesordnung theilte der Vorsitzende, Kamerad Hansel, mit, daß in nächster Zeit in Berlin ein Kongreß der Bauarbeiter Deutschlands tagen wird. Derselbe soll sich beschäftigen mit Bauhauwandel, Subventionswesen, Unfallgefahr und sonstige Mängel im Baugewerbe. Die Verhandlungen über diese Fragen wären namentlich auch für die hiesigen Zimmerer von höchster Bedeutung und giebt er der Versammlung anheim, zu diesem Kongreß Stellung zu nehmen. Kamerad Schmidt erwiderte an den im Laufe des vorigen Jahres hier in Breslau stattgefundenen Innungsstag der Arbeiter im deutschen Baugewerbe, welcher ganz ersichtlich über eine vierwöchentliche Aussperrung der Bauarbeiter verhandelt hat. Diesem Verhandlungstag der Arbeitgeber soll der Kongreß der Bauarbeiter durch ruhiges und sachgemäßes Verhalten der Mitglieder im Baugewerbe die richtige Antwort geben und empfindlich Redner den Kameraden, sich an diesem Kongreß durch ein oder zwei Delegirte zu betheiligen. Nach kurzer Debatte werden die Kameraden Hansel und Schmidt als Delegirte zum Berliner Bauarbeiter-Kongreß gewählt. Beim dritten Punkt „Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1899“ verliest der Vorsitzende eine Statistik über die Lebensverhältnisse der hiesigen Zimmerer, aufgenommen in der Zeit vom 1. Januar 1898 bis 1. Januar 1899. Die Ausgabe eines Kameraden beträgt durchschnittlich an Wohnungsmiete 178.00 M., Kostgeld pro Woche mit 11.50 M., gleich 628.00 M., für Kleidung 60.00 M., Steuern (direkte) 478 M., Taschengeld pro Woche 2.50 M., gleich 105.00 M., Krankentafeln- und Invaliditätsbeiträge 20.80 M., Beiträge zur Organisation 7.80 M., Lebensversicherung 10.40 M. und Anschaffung und Instandhaltung von Werkzeugen 20.00 M., insgesamt also 974.76 M. Der Lohn der hiesigen Zimmerer beträgt bekanntlich pro Stunde 40 Pf., bei manchen Baunehmern auch darunter. Im Jahre waren durchschnittlich 88 Arbeitswochen mit je 53 Stunden, mithin ein Wochenverdienst von 21.20 M., das macht ein Jahresinkommen von 805.60 M. Gegenüber der oben angeführten Ausgabe von 974.76 M. verbleibt also ein Defizit von 169.16 M. Wie soll nun dieses gedeckt werden? Unter diesen Umständen sei die Forderung von 50 Pf. Stundenlohn wohl keinwegs übertrieben. Gleichzeitig haben auch die Zimmerer unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden, die durch Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, wenn auch in ganz geringem Maße gemindert werden kann. Überdies empfinden sie eine sehr eingehende, längere Debatte, in welcher unter Anderem von einem Kameraden betont wird, daß ein Stundenlohn von



45 Pf. noch zu niedrig sei; er stellt daher den Antrag, 50 Pf. für die Stunde zu verlangen. Unter Ablehnung dieses Antrages nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:  
 „Die heutige Versammlung beauftragt den Gesellenauschuss bei den Arbeitgebern im Zimmergewerbe die Forderung zu stellen, vom 1. April d. J. ab pro Stunde mit 45 Pf. zu bezahlen, wobei 10 stündige Arbeitszeit Vorbedingung ist.“  
 Alle anderen Punkte finden ihre Erledigung im Laufe der Verhandlungen.  
 Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung. Bemerkten wollen wir noch, daß die von über 300 Personen besetzte Versammlung wie gewöhnlich einen musterhaften Verlauf nahm und erwies sich das zu Beginn der Versammlung im Garten postierte halbe Tugend Schulleute als höchst überflüssig.

**Legung 5. Februar.** Keine Einigung. Der von der letzten öffentlichen Schuhmacherversammlung beschlossene Versuch einer Einigung mit dem Inhaber der Schuhwaarenfabrik M. Blumner ist ohne Erfolg geblieben. Es befanden sich insgesamt 52 Personen im Auslande.

**Kablinig 5. Februar.** An Kohlenoxydgas-Vergiftung starb der als Wächter in einem Neubau angestellte Arbeiter Skolik. Er hatte sich neben einem der Kohldöfen niedergelegt und wurde von den ausströmenden Gasen betäubt.

**Neueste Nachrichten.**

In der bekannten Berliner Spielersache ist eine neue Verfassung erfolgt. Wie das „B. Z.“ meldet, ist der Regierungsrath und Neumant der Reserve von Kaiser verhaftet und in das Moabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden; derselbe gehörte mit dem bereits festgenommenen Grafen Egloffstein und von Ribber in dem fünfzehnjährigen Direktorium des „Clubs der Garmleser“. Auch von Kaiser steht in erster Linie unter dem Verdachte gewerbemäßigen Glückspiels. Die Behörden sollen die Sachen unweigerlich energisch betreiben. Der Kaiser, sowie die höchsten militärischen und diplomatischen Persönlichkeiten hätten dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß erbenentlich durchgegriffen werde. — Wäre denn das ohne solche besondere Wünsche nicht auch geschehen? Das erfordert doch das Gesetz.

Zur Treubusaffäre wird bestätigt, daß die verdächtigen Mitglieder der Strafkammer vor den Disziplinarhof, bestehend aus den Mitgliedern beider Kammern des Reichstages, kommen sollen. Auch Beurlaubung soll vor diesem Disziplinarhof gestellt werden.

**Stadt-Theater.**

Montag:  
„Die Geißler“.  
Dienstag:  
„Lammhäuser“.

**Vobe-Theater.**

Montag:  
„Schilders Menschen“.  
Dienstag:  
„Schilders Menschen“.

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**

Dienstag:  
Gruppe K. 3. Vorstellung:  
Donnerstag:  
Gruppe L. 3. Vorstellung:  
Freitag:  
Gruppe M. 3. Vorstellung:  
„Am Ende“.  
„Einig Cesarelli“.

**Deutsches Theater.**

Montag:  
„Reif-Prüfungen“.

**Volkstheater**

Friedrich-Wilhelmstr. 67.

Heute Montag:

Der Störenfried.

Morgen Dienstag:

Der neue Schlossherr.

Donnerstag, den 9. Februar,

Abends 8 Uhr:

**Vortrag**

von 4527

Pred. Tschirn

in der Halle Grünstr. 6.

**Bürgerliches Geselbndy**  
 mit dem  
**Einführungs-Gesetz**  
 und einem ausführlichen  
**alphabetischen Sachregister**  
 zum Preise von 1 Mark  
 zu beziehen durch die  
**Expd. der Volkswacht.**

Für meine Goldschlägerel suche ich sof. od. zu Ost. einen auch zwei Lehrlinge, bei hoher Gehaltsbeding. L. Koronow, Köfenerstr. 84.

**Polster-Berg,**  
 Hofbaare, Agara, Inblatzer, Alpengras, Secgras, Federn, Möbelschmuck, Gurte, Bindfäden, Stränge, Seile, Wälscheleinen, Gängematten, Regg, Tischen empfiehlt billigst  
**Jul. Moritz, Seiler-Meister,**  
 44, Kupferschmiedestr. 44

Am 5. d. M. verschied nach langem, schweren Leiden einer unserer verehrtesten Parteigenossen der frühere Colporteur  
**Ferdinand Jäkel.**  
 Ein ehrendes Andenken sichern ihm  
 Seine politischen Freunde  
 D. S. O. S. J. K. K. L.  
 Rawitsch, den 5. Februar 1899. 4530

**Todes-Anzeige.**  
 Am 5. d. M. schloss nach langem, schweren Leiden die Augen für immer, einer unserer treuesten und besten Parteigenossen  
**Ferdinand Jäkel.**  
 Er hat unsere Parteizentrale seit vielen Jahren ordnungsliebend colpartirt gezeigt sich bei Beratungen für unsere Sache als einer der Zuverlässigsten.  
 Mögen aus seinen Gebeinen neue Kämpfer entstehen. Der Verbliebene hinterlässt eine schwer kranke Frau mit 7 zum Theil unermöglichten Kindern.  
 Sein Andenken werden stets in Ehren halten  
 Die Genossen des sozialdem. Arbeiter-Bildungs-Vereins  
 Rawitsch. 4529

Am 3. d. Mts. endete ein sanfter Tod die langen Leiden unseres Freundes und Collegen, des Töpfers  
**Ferdinand Nowitzky.**  
 Ein treues Andenken bewahren ihm 4531  
 Seine Collegen der Steinfabrik Paul Kanoid.

**Begräbnissverein der Töpfer.**  
 Der Töpfer, Herr Nowitzky ist gestorben.  
 Beerdigung: Dienstag Nachmittag 1 Uhr.  
 Trauerhaus: Friedrich-Wilhelmstrasse No. 60.  
 Der Vorstand.

**25 Pfennige für blankes Fleisch.**  
 8000 Pfd. Cabiau, im Ausschnitt per Pfd. 25 Pf.  
 1000 Pfd. Seelachs, „ „ „ 25 Pf.  
 5000 Pfd. Schellfisch, per Pfd. 15, 20 und 25 Pf.  
 3000 Pfd. Seehert, im Ausschnitt per Pfd. 27 Pf.  
 1000 Pfd. Austerfisch, per Pfd. 30 Pf.  
 Hochfeine, kleine Seerzungen, per Pfd. 80 Pf.  
 Hochfeine Carbutt, besser Ersatz für Striabutt, per Pfd. 40—60 Pf.  
 Schellfisch-, Hacht- und Cabiau-, Cotelets, ausnahmsweise per Pfd. 55 Pf.  
 Diese große Waggonladung Seefische trifft Montag früh um 9 Uhr ein und laden wir unsere werthen Kunden ein, von dieser Offerte Gebrauch zu machen, da die Gelegenheit, Fische zu diesen Preisen zu kaufen, nicht so bald wiederkehrt. 4528  
 Diese Preise gelten für Montag, Dienstag u. Mittwoch.  
**D. D.-F.-G., „Nordsee“**  
 Schmiedebrücke 48.  
 Klosterstr. 10. Scheitnigerstr. 37.  
 Filiale: Fischer, Neue Taubenstr. 27a.

**5 Pf. Sumatra-Cigarren,**  
 prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack  
 100 Stk. 2 Mt., 250 Stk. 3 Mt., bis 5 Mt.  
 empfiehlt gegen Nachnahme  
**Cigarren-Fabrik E. Lampke, norm. A. Kirschner,**  
 Fabrik und Hauptgeschäft 4405  
 Breslau, Rosaplatz 11, am Odeonplatz  
 Filialen: Matthesstr. 16, Ecke Schrotgasse, Nummer 35  
 Friedrich-Wilhelmstr. 4, Klosterstr. 77, Schmiedebrücke 47.

**Wichtig für Raucher!**  
 Zeige hierdurch an, daß ich hier, Alsenstrasse 25, Ecke Andersohnstr. ein Cigarren- und Tabakgeschäft eröffnen habe, und empfehle meine selbstgefertigten hochfeinen Cigarren in nur vorzüglichsten Qualitäten, ebenso mein Lager in russ. und türkischen Cigaretten, sowie Rauch-, Bau- und Schnupftabak zu billigen Preisen und bitte um gütigen Zuspruch. 4489  
**Gustav Drabner,**  
 Cigarrenfabrik,  
 Alsenstr. 25, Ecke Andersohnstr.

Behufs Aufnahme der Inventur bleiben unsere  
**Etablissements**  
**Ohlauerstr., Mittwoch, den 15.,**  
**Neumarkt, Donnerstag, den 16.,**  
**Ring, Freitag, den 17. Februar**  
**geschlossen.**

Von Mittwoch, den 8. Februar bis zu oben genannten Terminen unterstellen wir große Waarenposten einem Verkauf zu  
**bedeutend herabgesetzten Preisen**  
 und machen wir unsere verehrliche Kundschaft auf diese nur einmal im Jahre wiederkehrende **günstige Gelegenheit** ganz besonders aufmerksam.

**Gebr. Barasch.**